

**Landesbeauftragte  
für den Datenschutz und  
für das Recht auf Akteneinsicht**  
Dagmar Hartge

LDA Bbg. • Stahnsdorfer Damm 77 • Haus 2 • 14532 Kleinmachnow



Schutz der  
• Persönlichkeitsrechte  
• Informationsfreiheit

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen  
Freie Wähler  
Herrn Thomas Strese  
Jahnstraße 45  
16321 Bernau

Datum: 12. August 2015  
Bearbeiter/in: Herr Reichert  
Telefon: +49 33203 356-41  
Telefax: +49 33203 356-49  
Geschäftszeichen: Rt/086/15/400  
(bei Antwortschreiben bitte angeben)

**Akteneinsicht im Bewerbungsverfahren „Kontaktstelle Asyl“**  
- Ihre Anfrage vom 15. Mai 2015

*Handwritten signature and date: 25.08.*

Sehr geehrter Herr Strese,

vielen Dank für Ihre o. g. Anfrage, die ich Ihnen gerne wie folgt beantworte:

Vorausschicken möchte ich, dass, soweit Sie mit dem bezeichneten Schreiben ein „Anordnungsersuchen“ an mich richten, das Brandenburgische Datenschutzgesetz (BbgDSG) mir diese Möglichkeit nicht eröffnet. Meine Behörde ist den öffentlichen Stellen gegenüber nicht weisungsbefugt, sie kann auch im Falle von hartnäckigen Datenschutzverstößen nur eine Beanstandung (§ 25 BbgDSG) gegenüber der Kommunalaufsicht aussprechen. Dies ist vorliegend zurzeit nicht beabsichtigt. Auch weise ich darauf hin, dass die folgenden Ausführungen ausschließlich auf Grundlage der von Ihnen übersandten Schriftstücke erfolgen und daher als vorläufig anzusehen sind.

In der Sache teile ich mit, dass der ablehnende Bescheid vom 9. März 2015 gegen Ihr Akteneinsichtsgesuch vom 18. Februar 2015 in dieser Form aus Sicht meines Hauses rechtswidrig ist. Seine Begründung verkennt, dass § 29 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) zwei Tatbestände umfasst. § 29 Abs. 1 S. 1 BbgKVerf, auf den sie maßgeblich abstellt, bestimmt, dass der Abgeordnete innerhalb seiner Aufgaben Akteneinsicht verlangen kann. Ob der Bescheid insoweit rechtmäßig ist, kann dahinstehen, weil nach der Einschätzung des Hauses jedenfalls ein (Teil-)Anspruch auf Akteneinsicht nach § 29 Abs. 1 S. 2 BbgKVerf bestehen dürfte.

Nach dieser Vorschrift besteht der Akteneinsichtsanspruch zur Kontrolle der Verwaltung in allen Angelegenheiten, in denen die Verbandskompetenz der Gemeinde gegeben ist. Der Antrag ist daher nur insoweit unzulässig, wie er sich auf Materien bezieht, in denen die Gebietskörperschaft im Wege der Organleihe als untere Landesbehörde tätig wird. Fragen der kreislichen Selbstverwaltung sind dem Akteneinsichtsrecht dagegen grundsätzlich zugänglich. Dies gilt erst recht wenn, wie hier, Fragen der Personalhoheit, eines der Kernbereiche der Selbstverwaltung, im Raum stehen. Der Antrag ist auch unter Darlegung des konkreten Anlasses ausreichend begründet worden (S. 3). Er ist danach zulässig.

Der Umfang der zu gewährenden Akteneinsicht wird einerseits von dem Antrag, andererseits von entgegenstehenden schutzwürdigen Belangen Betroffener oder Dritter (§ 4) bestimmt. Aus der Antragsbegründung ergibt sich, dass Zweck der Akteneinsicht die Nachprüfung der Kenntnisse und Fähigkeiten der Betroffenen sowie deren relative Gewichtung bei der Einstellungsentscheidung war. Da die formalen Qualifikationen der Betroffenen gemäß Ihrem Schreiben vom 15. Mai 2015 bekannt waren, schließe ich hieraus, dass die Fraktion Vorhandensein und Gewichtung weniger wägbare „soft skills“ isoliert und im Vergleich mit anderen Kandidaten aufklären möchte.

Diese Angaben ergeben sich regelmäßig aus dem sog. Stellenbesetzungsvermerk. Nach hier vertretener Auffassung hätte Ihnen in diesen Vermerk insoweit gewährt werden müssen, wie dies für den Zweck der Akteneinsicht erforderlich ist. Dies ist grundsätzlich der Fall, soweit die Stellenausschreibung bestimmte Fähigkeiten verlangt hat. Dabei müssen indes ggf. Namen und andere zur Bestimmung geeignete Daten der anderen Bewerber pseudonymisiert werden.

Die Betroffene ist auf eine herausgehobene Stellung berufen worden, die bloße Nachprüfung des Vorliegens ihrer „weichen“ Qualifikationen entsprechend der Ausschreibung griffe daher nach hier vertretener Ansicht nach regelmäßig nicht unzulässig in ihre schutzwürdigen Belange ein, soweit solche Fähigkeiten im Bewerbungsverfahren verlangt wurden.

Etwa erfolglose Mitbewerber haben dagegen regelmäßig ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse daran, dass ihre Namen nicht weitergegeben werden, da diese Übermittlung für den aus dem Antragsschreiben hervorgehenden Zweck der Akteneinsicht, die Bestimmung der absoluten und relativen Qualifikation der Betroffenen, regelmäßig nicht erforderlich sein wird. Zum Vergleich dürfen ihre Daten daher nur dann herangezogen werden, wenn die Betroffenen für den Akteneinsichtnehmer nicht mehr bestimmbar sind (z. B. durch eine Nummerierung der einzelnen Kandidaten).

Bitte beachten Sie, dass die vorstehenden Ausführungen ohne Einsicht der Bewerberakte erfolgen und daher je nach deren Inhalt anzupassen sind. Änderung der Bewertung kann etwa dann notwendig sein, wenn der Stellenbesetzungsvermerk besondere Kategorien personenbezogener Daten (§ 4a BbGDSG) enthält, die ohne die Einwilligung der Betroffenen grundsätzlich nicht Gegenstand der Akteneinsicht sein können. Da es sich um ein durchaus politisches Amt handelt, ist es nicht fernliegend, dass unter diesem Aspekt Daten der Akteneinsicht entzogen sind und zu schwärzen wären. Weitere Ausnahmen sind denkbar. Insgesamt enthebt diese nur auf Grundlage der vorliegenden Informationen getroffene Einschätzung den Landrat nicht von der Pflicht, Entscheidung und Begründung selbst zu erarbeiten und zu verantworten.

Ich hoffe, dass dieses Schreiben zur Klärung des Vorgangs beiträgt. Für Rückfragen steht Ihnen meine Dienststelle gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dagmar Hartge